

SHORT NEWS

Fairer Handel: Für den Preis einer Pizza pro Jahr

14,50 Euro gaben 2011 die LuxemburgerInnen pro Kopf für fair gehandelte Produkte aus. Damit liegen sie weltweit an 5. Stelle. Ein relativer Erfolg, bei einem insgesamt ernüchternden Ergebnis der hiesigen Fairtrade-Bewegung? Seit Transfair Minka (heute Fairtrade Lëtzebuerg) vor 20 Jahren gegründet wurde, konnten in einigen Produktgruppen beachtliche Erfolge erzielt werden. Bananen stammen inzwischen zu 11,8% aus fairem Handel, viele davon zusätzlich aus biologischem Anbau. Auch eine aus Anlass des 20. Jubiläums durchgeführte Umfrage zeigt: Das Vertrauen in das Fairtrade-Konzept ist gewachsen. Während 2005 49% der Befragten angaben, großes oder sogar sehr großes Vertrauen in Fairtrade zu haben, waren es 2012 bereits 71%. Dass zwischen dem großen Zuspruch und dem absoluten Ergebnis eine erhebliche Lücke klafft, liegt an zwei Dingen: Solange Restaurants und andere kollektive Besteller nur begrenzt bei Fairtrade mitmachen, bleiben die Verkaufszahlen im Keller. Zweitens erschweren die großen Produzenten und Konzerne, die sich sich als Verkäufer bislang dem Prinzip des Fairtrade verweigern, mit ihrer Haltung den Konsumenten den Zugang zu fairen Produkten. Daher wird - laut Umfrage - zum Beispiel von Ferrero, mit Sitz in Luxemburg, aber auch von der Luxlait gefordert, ihr Sortiment in den Sparten, in denen entsprechende Produkte am Markt sind, auf Fairtrade umzustellen.

Arcelormittal - action gouvernementale ?

La nouvelle est tombée jeudi matin. Selon le quotidien français Libération, Arcelormittal aurait fait comprendre au gouvernement français qu'il fermerait une fois pour toutes les deux hauts-fourneaux P3 et P6 du site lorrain de Florange - soit 550 emplois sur la sellette. Même si le géant de l'acier refuse de commenter cette annonce, préférant sans doute attendre le comité central d'entreprise qui aura lieu lundi, le ministre du redressement productif Arnaud Montebourg s'est immédiatement rendu sur place. Toujours selon Libération, l'Etat français serait à la recherche d'un repreneur et bénéficierait pour cela d'un délai magnanime imparti par Arcelormittal. Un scénario que devrait peut-être évoquer Etienne Schneider, notre ministre de l'économie, car la situation au Luxembourg n'est pas meilleure. Dans ces prochains mois, ce sera surtout le site de Schifflange qui se retrouvera dans l'actualité, car si le haut-fourneau électrique n'est pas réactivé cette année, il deviendra inutilisable (voir woxx 1162). Pourtant, dans une réponse à une question parlementaire du député ADR Gast Gybérien, qui voulait savoir s'il y avait du concret derrière les promesses d'action intergouvernementale contre Arcelormittal de Schneider et Montebourg, le ministre répond par « La réunion n'a pourtant pas donné lieu à des décisions concrètes concernant le cadre législatif et réglementaire ». Trop bête.

Les genres en débat

A ce rythme, le Luxembourg risque de devenir un pays pionnier en matière d'études des genres. Depuis le 24 septembre et jusqu'au 29, un congrès scientifique intitulé « La normativité de genre et ses effets sur l'enfance et l'adolescence », se déroule à l'abbaye de Neumünster. En fait, cet événement se veut à la fois scientifique et militant. Car en plus des présentations scientifiques, il comprend également des workshops, une table ronde politique ainsi qu'un programme culturel. Ceci n'est pas la première fois qu'un colloque est réservé à ce sujet. Mais cette fois-ci, il peut se targuer de bénéficier du patronage du ministère de la santé. Le tout est porté aussi bien par Transgender Luxembourg et l'Université du Luxembourg. Aussi, ce mercredi, les organisateurs du congrès ont invité le sociologue Eric Fassin, professeur à Paris 8 et chercheur à l'Iris et spécialiste de la matière. Ce congrès revêt à ses yeux une très grande importance d'où sa volonté d'y participer malgré un emploi du temps extrêmement chargé. Même une journaliste du Monde a fait le déplacement depuis Paris afin de couvrir l'événement. Et le fait qu'aussi bien les ministères de l'éducation nationale que de l'égalité des chances y participent, peut présager à terme d'un bouleversement de la politique des identités du genre au Luxembourg.

AKTUELL

FISKALPAKT UND LINKE PARTEIEN

Dagegen ist dafür

Raymond Klein

Der Kompromiss zur Rettung des Euro, von überwiegend rechten Regierungen ausgearbeitet, stellt linke Parteien vor eine Herausforderung.

Um die finanzielle und politische Krise der EU zu überwinden, einigten sich die europäischen Regierungen Ende vergangenen Jahres auf den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt. Der Fiskalpakt soll, wie der französische Name „pacte budgétaire“ klar macht, eine europäische Kontrolle der Staatshaushalte ermöglichen. Dagegen enthält er eine „goldene Regel“ zur Vermeidung von Haushaltsdefiziten, die möglichst in die Verfassungen der Mitgliedsstaaten aufgenommen werden soll.

Der Beschluss zum - eher vom europäischen Solidaritätsgedanken geprägten - ESM wurde von den meisten Mitgliedstaaten ratifiziert und wird demnächst umgesetzt, der Fiskalpakt jedoch tritt frühestens Anfang 2013 in Kraft - in der Chamber wird er wohl kaum vor Abschluss der Budgetdebatten auf die Tagesordnung kommen. In Frankreich sorgt derzeit die am 2. Oktober anstehende Ratifizierung für heftige Diskussionen innerhalb der Linken, und in Deutschland verlief die Positionsbestimmung im Juni recht spannend - wie werden sich angesichts dessen LSAP, Grüne und Déi Lénk zum Fiskalpakt stellen?

Dass die große Mehrheit der SPD dem Doppelpack aus ESM und Fiskalpakt zustimmte, ist eigentlich nicht erstaunlich. Zwar sind die Sozialdemokraten in der Opposition, doch haben sie seit Beginn der Krise für europäische Solidarität plädiert. Mit einer Art europapolitischen „großen Koalition“ wurde verhindert, dass die „Kein Cent mehr für die Schuldnerländer“-Fraktion in der Merkel-Regierung die Oberhand gewann. Weil aber den SPD-WählerInnen die Austeritätsspielle im ESM-Zuckerguss ausgesprochen bitter schmeckt, formulierte man ein „kritisches Ja“, indem man eine sozialpolitische Erweiterung des Fiskalpakts forderte. Die Partei „Die Linke“ hatte es entsprechend leichter, sich mit pauschaler Ablehnung zu profilieren - wobei sie das Demokratiedefizit des Pakts stärker in den Vordergrund stellte als dessen unsoziale Ausrichtung. Die Grünen konnten sich nicht so recht entscheiden und schlossen sich mehrheitlich der SPD-Position an. Ihr prominentester Fiskalpakt-Gegner,

Christian Ströbele, warf seiner Partei allerdings vor, damit zu signalisieren, dass man keine andere Lösungsmöglichkeiten als die Regierung sehe.

Frankreichs Sozialisten befinden sich in der peinlichen Situation, im Februar als Oppositionspartei den ESM abgelehnt zu haben und jetzt als Regierungspartei den von François Hollande gutgeheißenen Fiskalpakt absegnen zu müssen. Parteinterne Gegner weisen darauf hin, dass Hollande die versprochene Neuverhandlung des Pakts nicht erreichen konnte, Befürworter versichern, die Ausrichtung der europäischen Politik habe sich bereits geändert. Davon wenig beeindruckt, haben die Abgeordneten des Front de gauche ihre Ablehnung angekündigt. Auch die Grünen, obwohl an der Regierung beteiligt, werden dagegen stimmen. Daniel Cohn-Bendit kritisiert die Entscheidung als inkohärent, doch Alain Lipietz, mit dem zusammen er im Februar zur Stimmabgabe für den ESM aufgerufen hatte, hält es für richtig, den Fiskalpakt abzulehnen, weil dieser den Bemühungen um ein „grünes Europa“ zuwiderlaufe.

In Luxemburg sind die Sozialdemokraten ebenfalls in der Regierung und werden dem Pakt wohl zustimmen. Alex Bodry versucht, die Rolle seiner Partei bei der Abmilderung des europaweiten Austeritätswahns hervorzuheben. Zwar hat seine Partei eine Sommerakademie unter dem Titel „Too big to fail“ veranstaltet, doch fand dabei, nach dem Pressekommuniqué zu urteilen, keine grundsätzliche europapolitische Diskussion statt. Auch Déi Lénk lieferte bei ihrer Rentrée-Pressekonferenz wenig Detailkritik am Fiskalpakt und sprach sich stattdessen für ein anderes, demokratisches, soziales und ökologisches Europa aus. Die Grünen bezogen bei ihrer Rentrée-Pressekonferenz keine Position. Einerseits fährt die Partei seit Jahren in europapolitischen Fragen einen Schmuskurs mit der Regierung, obwohl, wie bei der ESM-Abstimmung, die grünen „Verbesserungsvorschläge“ wenig Anklang finden. Andererseits hatten die Grünen, als der Fiskalpakt gerade beschlossen worden war, angekündigt ihm so nicht zustimmen zu können. Statt sich, wie in der Vergangenheit häufig, an der deutschen Schwesterpartei zu orientieren, könnten sie damit in die Fußstapfen der französischen Grünen treten.